

Der Kampf um die Freiheit an der äußeren und inneren Front

Olexiy Haran (Nationale Universität Kiewer-Mohyla-Akademie)

Eines der wichtigsten unmittelbaren Resultate des Euromaidans war die Rückkehr zur Verfassung von 2004. Damit kehrte das Land von einem ausgeprägten Präsidentialismus zu einem semipräsidentiellen System zurück, was verfassungsmäßige Kontrollen und Gleichgewichte schuf, um die Monopolisierung der Macht zu verhindern. Es folgten vorgezogene Präsidentschafts- und Parlamentswahlen, die von der internationalen Gemeinschaft als frei und fair anerkannt wurden.

Gleichzeitig war die Aufrechterhaltung des Wahlgesetzes, das unter dem gestürzten Präsidenten Janukowytch verabschiedet wurde (mit gemischtem Wahlsystem, einer 5-Prozent-Klausel und dem Verbot von politischen Blöcken), ungünstig für neue politische Parteien, die während des Maidans entstanden sind. Infolgedessen entschlossen sich die »neuen« Gesichter in der Politik – Bürgerrechtler, Journalisten, Experten – dagegen, sich in einer neuen »Maidan-Partei« zu vereinen, da sie nicht sicher waren, die 5-Prozent-Hürde zu überschreiten. Sie kandidierten stattdessen für Parteien der großen politischen Kräfte, darunter der Partei von Präsident Petro Poroschenko und der »Volksfront« von Ministerpräsident Jazenjuk. Das war ein Fehler. Nun, am Vorabend der Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 2019, fehlt es diesen reformorientierten »neuen Gesichtern« an Geschlossenheit, was ihre Erfolgsaussichten erheblich schwächt.

Poroschenko, dessen Fraktion die größte im Parlament ist, versuchte, seine latente Macht auszubauen. In diesem Zusammenhang kam es zum Wettbewerb zwischen dem Premierminister auf der einen Seite und dem Präsidenten auf der anderen Seite. Dieser hat zwar nicht solch einen katastrophalen Konflikt verursacht wie zwischen Premierministerin Julia Tymoschenko und Präsident Wiktor Juschtschenko nach der Orangen Revolution 2004. Dennoch unterminierte die Konkurrenz die Effektivität der regierenden Koalition und der Regierung. Die bevorstehenden Präsidentschafts- und Parlamentswahlen werden sehr umkämpft sein. Die Wahlergebnisse sind schwer vorhersehbar und können zu mehr Populismus und einer stärkeren Fragmentierung im Parlament führen.

Eine erfolgreiche und nachhaltige demokratische Ukraine stellt die größte Herausforderung für das Putin-Regime dar. Bisher scheiterten Putins Pläne, die Kontrolle über die Ukraine zu erlangen oder das Land zu spalten. Das Paradoxon ist, dass Putins Aggression und der Krieg im Donbas letztlich die politische Identität der Ukrainer gefestigt hat, unabhängig davon, welche

Sprache sie sprechen oder welcher Konfession sie angehören. Der Euromaidan rief einen modernen ukrainischen Patriotismus hervor, der im Gegensatz zum Nationalismus nicht ethnisch und exklusiv, sondern territorial und integrativ ist. Die Ukrainer haben selbst bestimmt, wo sie sich geopolitisch verorten und wollen, dass ihr Land Mitglied der EU und der NATO wird (regionale Unterschiede in der Einstellung gegenüber der EU und der NATO bestehen zwar weiterhin, aber die öffentliche Unterstützung für die Eurasische Union und das Militärbündnis mit Russland oder der GUS ging drastisch zurück).

Die beste Antwort auf die russische Aggression liegt in der effizienten Umsetzung von Reformen und praktischen Schritten zur europäischen Integration, von der erwartet wird, dass sie das Land verändert und die nationale Eigenständigkeit der Ukraine für ihre Bürger wahrnehmbar macht. Der Reformprozess hat begonnen. Das Handeln der ukrainischen Politiker bleibt jedoch deutlich hinter den Erwartungen und Forderungen der Gesellschaft zurück, insbesondere was Korruptionsbekämpfung und Rechtsstaatlichkeit angeht. Zwischen diesen Erwartungen und Handlungen besteht eine Kluft, die ernste Risiken birgt, da eine positive öffentliche Meinung zum Euromaidan nicht automatisch zu positiven Änderungen führt; es ist vielmehr eine Stärkung von praktischen Maßnahmen erforderlich.

Die Herausforderungen sind nach wie vor groß. Der Präsident und die Regierung müssen unpopuläre Reformen in Zeiten einer Kriegsökonomie durchführen, denn Russland setzt seine Bemühungen zur Destabilisierung der ukrainischen Demokratie fort. Der Kreml versucht, mit politischen und regionalen Unterschieden zu spielen und die »fünfte Kolonne« zu stärken, die die demokratischen Spielregeln in der Ukraine missbrauchen. Das bedeutet eine ständige Überwachung und Kontrolle der Politiker sowie die Unterstützung bei der Entwicklung alternativer Lösungen für wichtige (sicherheits-) politische und wirtschaftliche Angelegenheiten – eine Aufgabe, die gleichermaßen der Expertencommunity und der Zivilgesellschaft obliegt. Die Praxis zeigt, dass genau solcher Druck in Verbindung mit den Positionen unserer westlichen Partner und der internationalen Organisationen der beste Weg ist, um die Regierung zur Umsetzung von Reformen zu bewegen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die meisten Experten in der Ukraine die Interpretation des Euromaidans als »Revolution der Würde« – eine Revolution für die Demokratisierung und die europäische Perspek-

tive – weitgehend akzeptieren. Aber es ist eine unvollendete Revolution und die Ergebnisse sind gemischt. Sie sollte nicht als radikaler Bruch mit der Vergangenheit betrachtet werden, sondern als langer, evolutionärer und durchaus widersprüchlicher Prozess. Die Ukraine ist weit entfernt von einem gescheiterten Staat, wie der

Kreml gerne zu zeigen versucht. Ganz im Gegenteil ist sie ein Land, das nach Freiheit strebt und kämpft – sowohl gegen eine Aggression von außen als auch an der Anti-Korruptionsfront im Inneren.

Übersetzung aus dem Englischen: Dr. Eduard Klein

Über den Autor

Prof. Dr. Olexiy Haran ist Professor für Politikwissenschaft an der Nationalen Universität Kiewer-Mohyla-Akademie und Forschungsdirektor der Democratic Initiatives Foundation in Kiew.

Fünf Jahre nach dem Euromaidan: Mehr Nation, weniger Staat

Balázs Jarábik (Carnegie Endowment for International Peace, Budapest)

Es fanden keine besonderen Feierlichkeiten am 21. November in Kiew anlässlich des Euromaidan-Jubiläums statt. Ehemalige Revolutionshelden, die zu politischen Newcomern wurden, trafen sich auf dem Maidan und veröffentlichten Bilder in den sozialen Netzwerken. Die Straßen Kiews, denen die Revolution einen Boom von Restaurants und westlicher Cafékultur bescherte, sind vollgepflastert mit Plakaten von Politikern – Vorbote der Wahlen 2019. Die regierenden Politiker setzen auf Patriotismus und Frieden in der Ostukraine, Julia Tymoschenko, die in den Wahlumfragen führt, auf die Wirtschaft. Die normale Bevölkerung kümmert sich um ihre eigenen Angelegenheiten, und das heißt vor allem: ums Überleben.

Diejenigen, die hohe Erwartungen hatten, werden immer enttäuscht. Die Ukraine nach dem Maidan ist geprägt von politischer Straflosigkeit, konkurrierenden oligarchischen Interessen, einer schwachen Zentralregierung und einer desillusionierten Gesellschaft.

Diejenigen, die geringe Erwartungen besaßen, können darauf verweisen, dass der ukrainische Staat entgegen aller Wahrscheinlichkeiten überlebt hat. Auch sind derzeit Hunderte von Reformschritten im Gange und treiben den Staat langsam aber sicher voran.

Der Euromaidan hat die geopolitische Wende der Ukraine nach Westen gefestigt und die nationale Identität gestärkt. Während ein Ende des langwierigen hybriden Krieges im Donbass nicht in Sicht ist, konzentrieren sich die herrschenden Eliten auf den Aufbau der Nation und nutzen die Einigkeit, mit der die Ukrainer auf die russische Aggression reagierten.

Das Land verfügt über neue Institutionen und eine lebendige Zivilgesellschaft, die bestrebt ist, die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen. Dank seiner Hartnäckigkeit und seines abwägenden Umgangs

mit Schlüsselakteuren hat Präsident Poroschenko alle Machtbereiche in den Händen einer relativ kleinen Personengruppe konzentriert, die ihm gegenüber loyal sind.

Gleichzeitig untergräbt eine tief verwurzelte Kultur der Korruption und Straflosigkeit die Legitimität der Regierung in den Augen der Durchschnittsbürger. Obwohl der öffentliche Diskurs, die freien Medien und die Zivilgesellschaft nach wie vor äußerst lebendig sind, gibt es demokratische Defizite. Die Bedrohung der Medienfreiheit gibt Anlass zur Sorge, und physische Angriffe auf Journalisten haben zugenommen. Auch fünf Jahre nach der Revolution gibt es keine glaubwürdigen unabhängigen Ermittlungen der Todesschüsse auf dem Maidan im Februar 2014 oder des tödlichen Brandes im Gewerkschaftshaus in Odessa knapp zweieinhalb Monate später.

Der wirtschaftliche Abschwung – eine Folge der post-Maidan Entwicklungen, der russischen Aggression, zwei Jahrzehnten verschleppter Reformen sowie der Bemühung der Regierung, die makrofinanzielle Situation zu verbessern – hat zur ernsthaften Unzufriedenheit in der Bevölkerung geführt.

Die Erwartungen an die westliche Unterstützung war zu hoch und die volkswirtschaftlichen Annahmen zu optimistisch. Der IWF und die makroökonomischen Finanzhilfen der EU forderten Sparmaßnahmen und Privatisierung. Die starke Devaluation der Hrywnja 2014–2015 war die direkte Folge des Übergangs zu einem flexiblen Wechselkurs, und hätte durch die Einführung von Kapitalkontrollen gemildert werden können. Außerdem waren die Gaspreiserhöhungen überzogen, da sie von teuren Gasimporten ausgehen, die zur Deckung des Bedarfs privater Haushalte nicht mehr benötigt werden. Beide Reformen waren aus sozialer Sicht ausgesprochen schmerzhaft und haben die